

DIE KANDIDATUR, *auf die niemand gewartet hat*

Eigentlich verrückt, wie lange man sich der kostspieligen Illusion hingeben kann, im Nationalrat die Verfassungswidrigkeit unseres Geldes auf die Traktandenliste zu setzen. Aber: Die Hoffnung hat sich gelohnt. Sie ist sogar gewachsen.

→ von Christoph Pfluger

Es sei hier mit aller Deutlichkeit erwähnt: Im Wahlkampf kann man in jedem Fall für das Leben lernen», schreibt der Berner Polit-Berater Mark Balsiger in seinem Handbuch «Wahlkampf – aber richtig».

Am Tag nach der Nicht-Wahl ist es vielleicht noch etwas früh, die Lektion für das Leben zu erkennen. Aber nicht mehr politischen Illusionen zu verfallen, wird hoffentlich nicht zu den Lehren gehören, die ich aus dieser Kampagne ziehen werde. Im Gegenteil: Es ist äusserst gesund, seine Hoffnungen der Realität auszusetzen und Erfahrungen zu machen, für die es schlicht keinen Ersatz gibt.

Meine Ausgangslage war die folgende: Seit ich vor nunmehr 24 Jahren die grundlegenden Mängel unseres Geldsystems begriff, habe ich konsequent und in verschiedenen Tonlagen dagegen angeschrieben. Mit sehr beschränktem Erfolg. Ein Text, der nur Beifall erregt, ist nicht gut genug.

Die Kandidatur hat dieser Arbeit eine ganz neue Dimension gegeben: Raus aus der Schreibstube und rein in die politische Debatte. In diesem Spiel beginnt man als Niemand, auf den niemand gewartet hat.

Zu Beginn lag der Fokus auf der rechtlichen

Seite: Wie kommt es, dass das Geldmonopol gemäss Verfassung beim Bund liegt, aber rund 85 Prozent des Geldes virtuell von den privaten Banken aus dem Nichts geschöpft (und gegen Zins verliehen) werden? Das müsste doch politisch kontrolliert werden. Fehlalarm. Die Rückfrage beim Eidg. Finanzdepartement ergibt: Dafür ist keine politische Behörde zuständig. Und in ihrer Antwort auf meine Intervention schreiben die Präsidenten der national- und der ständerätlichen Finanzkommission, es fände keine Kontrolle der Geldschöpfung durch die privaten Banken statt und dies sei auch nicht vorgesehen. Immerhin bestä-

tigen sie den Vorgang. Und: Das Nationalbankgesetz, in dem die absolute Autonomie der Nationalbank geregelt ist, werde als «materielles Verfassungsrecht» behandelt. Nichts zu machen, wenigstens nicht innert nützlicher Frist.

Das Gesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) scheint vielversprechender. Hier müsste sich der verfassungswidrige Charakter des von den Banken hergestellten Geldes doch zeigen. Tatsächlich: Artikel 2 definiert gesetzliche Zahlungsmittel als Münzen, Banknoten und «Sichtguthaben bei der schweizerischen Nationalbank». Der Versuch, ein Konto bei der Nationalbank zu eröffnen – unbares gesetzliches Zahlungsmittel sollte doch jedem Bürger zur Verfügung stehen – scheitert erwartungsgemäss. Dafür verweist mich ein Jurist der Nationalbank, der

Raus aus der Schreibstube und rein in die politische Debatte. In diesem Spiel beginnt man als Niemand, auf den niemand gewartet hat.

ungenannt bleiben will, auf eine entscheidende Stelle in der Botschaft zum WZG. Dort schrieb der Bundesrat 1999: «Guthaben bei einer Gross-, Kantonal- oder Regionalbank oder gar einer Kreditkartenorganisation sind etwas genuin anderes als Guthaben bei der SNB, die als einzige Institution im Lande – gestützt auf öffentlichrechtliche Normen – autonom Geld schöpfen kann.» Man darf jetzt also laut und deutlich sagen, dass Bankengeld kein gesetzliches Zahlungsmittel ist. Nur: Solange selbst die Behörden keinen Unterschied zwischen gesetzlichem und ungesetzlichem Zahlungsmittel machen, hilft das wenig.



Nächstes Ziel: die Parlamentarier. Hier ist die Enttäuschung fast noch grösser. Toni Brunner will sich nicht äussern, da er zu wenig von der Materie verstehe. Christian Levrat meint wirklich, die Nationalbank sei die einzige Institution, die real Geld schaffen könne und Caspar Baader hängt tatsächlich dem Volksglauben an, die Banken verliehen das Geld der Sparer. Und der Mann ist im Gespräch als Bundesrat – es ist schwer zu glauben. Es gibt aber auch erfreuliche Ausnahmen: Der Grüne Jo Lang (leider abgewählt) ist dafür, dass nur noch die Nationalbank Geld schöpfen kann und Andi Gross findet es richtig, die Geldschöpfung durch die Privaten zu hinterfragen, denn sie handelten nicht im Interesse der Schweiz, sondern ihres Profits.

Dann kommt der 6. September, der Tag, an dem die Nationalbank mit der Kurs-Untergrenze die Krise auf später verschiebt (und verschärft!) und dem Wahlkampf das wichtigste Thema raubt: die Finanzkrise. Die ganze Schweiz ist glücklich. Die Regierung ist heilfroh, weil nun niemand draufkommt, wie machtlos sie ist. Die Parteien sind erleichtert, dass so kurz vor den Wahlen niemand merkt, dass sie die Finanzkrise verschlafen und darüber hinaus noch Angst haben, den Wählern die Wahrheit zu sagen. Die Finanzwirtschaft ist dankbar, denn jetzt kann sie unserer Zentralbank den hinterletzten Schrott verkaufen, zum Fixpreis.

Der potenzielle Schaden für die Schweiz ist immens. Nachdem die Nationalbank die Nationalbank-Geldmenge zwischen Juli und August von 70 auf gegen 250 Milliarden erhöht hatte und damit die Frankenstärke nicht bremsen konnte, wird jetzt noch grösseres Geschütz aufgefahren. Der Verlust könnte ohne Übertreibung 500 Milliarden betragen – ein ganzes Bruttosozialprodukt, das wir den Hedgefonds in den Rachen werfen. Und die Schweiz schweigt.

Hans-Jacob Heitz, parteifrei-Kandidat in Zürich und ich schreiben allen Kantonsregierungen einen Brief, in dem wir sie als Hauptaktionäre auffordern,

doch eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, um diesen Wahnsinn zu stoppen. Die ablehnenden Antworten waren zu erwarten. Selbst wenn sie wollten, die Politik der Nationalbank können sie nur mit einem Antrag auf Gesetzesänderung an die eidg. Räte beeinflussen.

Über zwei kleine Highlights muss ich noch berichten. Am 30. September gelingt es mir, in der Arena zum Thema Geld und Wirtschaftspolitik mit einem Statement von knapp einer Minute die private Geldschöpfung durch die Banken zu thematisieren. FDP-Nationalrat Ruedi Noser schüttelt derweil verätherisch den Kopf. Das Thema ist vorläufig erledigt. Nach der Sendung fasst ein strahlender TV-Mann Franz Fischlin zwei Wochen Dauersendungen «Treffpunkt Bundesplatz», mit den bezeichnenden Worten zusammen: «Nichts ist passiert, so etwas ist nur in der Schweiz möglich.» So viel unfreiwillige Wahrheit in einem Satz – das muss ihm erst einer nachmachen.

Das zweite Highlight ist ein Anruf eines Herrn aus München. Er sei Auslandschweizer, habe alle Wahlunterlagen genau studiert, halte parteifrei.ch für die einzig vernünftige Wahl und wolle mich gerne kennenlernen. Ein paar Tage treffen wir uns zum Gespräch im Bahnhof Solothurn, ich ein etwas gestresster Wahlkämpfer, er ein gepflegter Herr in gesetztem Alter, Theaterregisseur von Beruf und Bürger aus Leidenschaft. Wie gesagt: ein kleiner Höhepunkt.

Begegnungen wie diese sind es, die meine Hoffnung bis zuletzt wach halten, es wieder alle Vernunft doch zu schaffen. parteifrei.ch erreicht im Kanton Solothurn schliesslich 1,34 Prozent der Stimmen, immerhin mehr als alle Kleinparteien und Tochterlisten mit Ausnahme der EVP und der Jungen Grünen. Mit meinem persönlichen Resultat kann ich zufrieden sein. Aber das Ziel ist nicht erreicht. Im Nationalrat wird vorderhand niemand die Verfassungsmässigkeit unseres Geldes in Frage stellen und sich für die Souveränität des Volkes auf diesem elementaren Gebiet einsetzen.

Aber: «Im Wahlkampf kann man in jedem Fall für das Leben lernen.» Meine Wahlkampagne «für gerechtes Geld» wird deshalb auf eine breitere Basis gestellt und in veränderter Form weitergeführt. Man kann auch als quasi-Niemand etwas bewirken, wenn man die Diskussion sucht, unter die Menschen geht und aufsteht, wenn es etwas zu sagen gibt. Man darf durchaus ein Niemand sein. Aber wenn niemand es versucht, kann es schon gar nicht gelingen.

Die Erkenntnisse der Kampagne für ein gerechtes Geld sind in rund 40 Beiträgen auf dem Blog www.christoph-pfluger.ch nachzulesen. Unter diesem Namen finden sich auf youtube zudem zwei kurze Filme.

Ist es überhaupt möglich, eine Erfahrung zu machen, ohne eine Illusion gehabt zu haben?

Martin Kessel



Parteifreie Politik bedeutet engeren Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das Wahlbistro Solothurn war einen Monat lang geöffnet, zeigte Filme zum Thema Geld und bot sich als Diskussionsforum an. Die Nutzung war aber eher mässig.